

# Barrierefreier Antrag im Landtag vorgelegt

Erstmals ein Parlamentsdokument in Leichter Sprache, Brailleschrift und Audio-Datei

**Der Thüringer Landtag erlebt jetzt eine Premiere – „dem Parlament, wo meist das Gegenteil von leichter Sprache produziert wird, legt DIE LINKE einen Antrag vor, der in Leichter Sprache verfasst ist, in Brailleschrift und auch in Form einer Audio-Datei ausgefertigt wurde“, so Bodo Ramelow.**

Der Fraktionsvorsitzende hatte im Rahmen eines Pressegesprächs die Initiative gemeinsam mit der Behindertenpolitikerin Karola Stange im landesweit einzigen Büro für Leichte Sprache beim Christlichen Jugenddorfwerk (CJD) in Erfurt vorgestellt, das auch den Antrag „übersetzt“ hatte. Er sagte, „wir werden dabei alle zusammen Teil eines lebendigen Prozesses“. Die Leiterin des Büros, Nancy Bracke, verwies darauf, dass neben Menschen mit Lernbehinderungen gerade für ältere Menschen, „die die größere Schrift brauchen“, und ausländische Mitbürger die Leichte Sprache wichtig sei.

Gemeinsam mit dem Vertreter des Thüringer Gehörlosenverbandes, Erhard Müller, wurde über die noch immer ausstehende Möglichkeit diskutiert, dass Landtagssitzungen durch Gebärdendolmetscher übersetzt werden. Ein entsprechender Antrag der LINKEN, so informierte Karola Stange, war abgelehnt worden. Nun soll erneut dafür ein Anlauf unternommen werden. Wobei Herr Müller, der seit 15 Jahren ehrenamtlich als Übersetzer für Amtsdolmetscher gehörlosen Menschen in Thüringen zur Seite steht, deutlich machte, dass es ihnen nur um ausgewählte Tagesordnungspunkte geht.

Unter der Überschrift „Moderne barrierefreie Informations- und Kommunikationsplattform in Thüringen“ fordert Die LINKE neben dem Einsatz von Gebärdendolmetschern bei Plenarsitzungen, die barrierefreie Gestaltung der Parlamentsdokumente sowie der

Internetpräsentation der Landesregierung.

## Umsetzung der Behindertenrechtskonvention

„Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“, so der Kommentar von Ka-



rola Stange, nachdem der Landesregierung der Thüringer Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zugeleitet worden war und sie diesen im Rahmen der Kabinettspresskonferenz den Medien in Thüringen vorgestellt hatte.

Nach Auffassung der Linksfraktion sind die zur Beratung freigegebenen 150 Seiten „ein unverbindliches Maßnahme-Paket“. Es bestehe zum Teil aus kaum konkreten Prüfaufträgen von unterschiedlichen Aktivitäten, angefangen vom Thema Bildung und Ausbildung bis hin zum Thema Wohnen. Der der Maßnahmeplan sei ein „zahlloser Tiger“, denn in den einzelnen Ressorts gebe es keine extra eingestellten Mittel zu dessen Umsetzung.

Die LINKE-Politikerin fordert die Landesregierung auf, das Papier unverzüglich dem Thüringer Landtag zur Beratung zuzuleiten, damit ein Maßnahmeplan mit konkreten, sich an den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen messenden Inhalten beschlossen werden kann.

Am 5. Mai findet der europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt.



## VON A BIS Z:

### Petitionsrecht

Nachdem der Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Stärkung des Petitionsrechts bereits im August 2011 Gegenstand einer öffentlichen Anhörung und in den wesentlichen Punkten auf Zustimmung gestoßen war, hatten CDU und SPD die Beratung im Petitionsausschuss Sitzung für Sitzung verschoben. „Weil sich die Regierungsfaktionen entgegen aller Aussagen offensichtlich nicht zum Entwurf der LINKEN positionieren wollen, starten sie nun die parlamentarische Debatte neu mit einem eigenen Gesetzentwurf“, sagt MdL Sabine Berninger und nennt dies „ein unsägliches Spiel auf Zeit. Denn es bedeutet, dass auch unser Gesetzentwurf wieder in der Warteschleife geparkt wird. So geht man mit parlamentarischer Demokratie nicht um und erst recht nicht mit den Partizipationsrechten der Bürger“.

„Am 6. Mai können nun CDU und SPD den Jahrestag unseres Entwurfes feiern und sich dazu ‚beglückwünschen‘, dass sie nicht in der Lage waren, zu unseren Vorschlägen Änderungen einzubringen. Sie stellen damit nicht nur sich, sondern der Institution Thüringer Landtag – dem ‚Zentrum der Demokratie‘ – ein Armutzeugnis aus. Herzlichen Glückwunsch!“

Welchen Inhalt der jetzt im Landtag zu beratende Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen hat, war bis zum 25. April nicht bekannt. Dass ein Gesetzentwurf beraten werden soll, ging lediglich aus der vorläufigen Tagesordnung dieser Plenarsitzung hervor.

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Der Monat Mai ist reich an Landtagssitzungen. Nach den Plenarberatungen in der Zeit vom 2. bis 4. Mai finden die nächsten dreitägigen Sitzungen der Landtagsabgeordneten bereits wieder ab 30. Mai statt.

### Tag der offenen Tür:

Auch in diesem Jahr lädt der Thüringer Landtag wieder zu einem Tag der offenen Tür ein. Er findet am Samstag, den 9. Juni, statt. Dabei wird sich die Landtagsfraktion der LINKEN auf der Hauptbühne u.a. mit einem Politik-Talk präsentieren sowie mit einem großen Informationsstand vor dem Haupteingang des Landtags. Erneut geplant ist ein Café im Fraktionssitzungsraum.

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Fracking

Ausgesprochen kritisch bewertet die Linksfraktion die Methode des Fracking, wie es die Umweltpolitikerin Katja Wolf im Landtag gesagt hatte. Die in weiten Teilen Thüringens geplante Förderung von Erdgas aus Schiefergestein könnte u.a. zur massiven Gefährdung des Grundwassers führen. In Deutschland wird die Technologie seit 15 Jahren angewandt, in Thüringen bisher nicht. Mittlerweile hat ein kanadischer Konzern drei Aufsuchungsfelder im Norden Thüringens abgesteckt, die eine Fläche rund 3000 Quadratkilometern umfassen. Frühestens 2015 möchte das Unternehmen mit Probebohrungen beginnen. Die LINKE warnt vor großen Risiken für die Umwelt und das Grundwasser.

## Antidiskriminierung

„Um die Anstrengungen gegen die vielfältigen Möglichkeiten der Diskriminierung, z.B. von Frauen, Menschen mit Behinderungen, Migranten oder auch älteren Menschen, zu koordinieren und zu bündeln, bedarf es einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle“, sagte MdL Karola Stange. Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, „sich nicht auf die schwierige Finanzlage zurückzuziehen, sondern eine solche Stelle einzurichten“.

Auf Antrag der LINKEN hatte sich der Gleichstellungsausschuss erneut mit der Initiative „Koalition gegen Diskriminierung“ beschäftigt, der sich bislang die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Hamburg und Berlin angeschlossen haben.

## Arbeitsgerichte

„Mit der Ankündigung von Gerichtstagen für Arbeitsgerichtsverfahren in Eisenach zeigt die Landesregierung ein verspätetes Einsehen in die berechtigte Kritik von Verbänden am Beschluss, das Arbeitsgericht zu schließen“, so MdL Ralf Hauboldt. „Wirklich konsequent wäre aber die Bildung von klar zugeordneten Außenkammern für die bisherigen Arbeitsgerichtsstandorte Jena und Eisenach.“ In diesen unsicheren Zeiten sei es leider unwahrscheinlich, dass die Prognose des Justizministeriums, die Verfahrenszahlen bei den Thüringer Arbeitsgerichten würden zurückgehen, tatsächlich eintreffe, so der LINKE Justizpolitiker, der übrigens bald Bürgermeister von Sömmerda wird.